

Dresdener Volkszeitung

Hofschekonto: Dresden
Sabon & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Anshöb, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Das Blatt enthält ausschließlich Nachrichten über den wöchentlichen Verlauf der Arbeit und den wöchentlichen Lohn für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 26261. Sprechstunde von Montag bis Freitag von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 26261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 20 mm breite Nonpareilzeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Reiseanzeigen 40 Proz. Rabatt. Für Briefbelegungen 10 Pf.

Nr. 257

Dresden, Mittwoch den 4. November 1925

36. Jahrg.

Luthers Hoffnungen

Herr Luther scheint noch immer der besten Hoffnungen voll zu sein und zu glauben, daß es ihm gelingen werde, ohne Reichstagsauflösung den Vertrag von Locarno unter Dach und Fach zu bringen. Gestern fanden Verhandlungen mit den Parteiführern der noch übrig gebliebenen Regierungsparteien statt, bei denen man zu dem Schluss kam, man wolle den Reichstag erst einberufen, wenn der erscheinende Zustand in Bezug auf das Werk von Locarno und seine Auswirkungen den gesetzgebenden Körperschaften unterbreitet werden können. Man erwartet wohl, daß inzwischen sich irgend etwas ereignen wird, das es Herrn Luther möglich macht, den Klippen auszuweichen, an denen zu scheitern er jetzt fürchten muß.

Wenn etwa Herr Luther und die Seinigen noch immer Hoffnungen auf die Sozialdemokratie setzen, so dürften sie sich sehr täuschen. Genosse Breitscheid hat erst gestern wieder in einer Rede von neuem erklärt, daß die Sozialdemokratie in diesem Reichstag für den Vertrag von Locarno nicht stimmen werde, wenn die Deutschnationalen dagegen stimmen. Wohlwollend rechnet man doch noch auf einen Umfall der Deutschnationalen. Bei dieser Partei ist ja alles möglich, und es scheint, daß bei den Deutschnationalen starke Kräfte am Werke sind, die auf diesen Umfall hinarbeiten. Daß insbesondere die industriellen Kreise, die der Partei angehören, vielfach von der Haltung der Deutschnationalen nicht sehr erbaud sind, ist bekannt. Jetzt hat nach einem Bericht der D. N. Z. der deutschnationale Abgeordnete Quast, einer der ärgsten Nutzer im Streit im Kampf gegen den Locarno-Vertrag, in einer Versammlung der deutschnationalen Verbände ausgeführt, wenn die Loyalität der Gegner so sichtbar in Erscheinung trete, wie das Luther hoffe, so würde er der erste sein, der dazu rate, Locarno zu unterstützen. Diese Äußerungen klingen allerdings so, als wenn die Vorbereitung zum Umfall sein sollten. Die Deutschnationalen haben allerdings alle Anlässe, einen Reichstagsauflösung jetzt aus dem Wege zu gehen. Der Wahlkampf könnte ihnen diesmal recht schlecht bekommen.

Die Besprechung mit den Parteiführern

Wolffs Bureau meldet: Heute fand unter dem Vorsitz des Reichstagspräsidenten sowie unter Teilnahme der Reichsminister Dr. Brüning, Brüning und Dr. Stresemann eine Besprechung mit den Parteiführern der in der Regierung durch Vertrauensmänner vertretenen Parteien statt. Die eingehende Erörterung ergab eine allgemeine Hebererfreuung in der Beurteilung der Reichsregierung darüber einig, daß die Schaffung der Grundlagen für die endgültige Entscheidung über das Werk von Locarno die herrschende Frage der Gesamtpolitik ist, hinter der alle anderen Fragen zurücktreten haben. Die Vertreter der Parteien drücken die infolge des Austritts der deutschnationalen Minister getroffenen Maßnahmen zur Weiterführung der Regierung. Es herrscht allgemeine Hebererfreuung darüber, daß die Deutschnationale Partei, deren vorläufiges Verhalten um des deutlichen Gesamtschicksals willen nachdrücklich kritisiert wurde, sich von der weiteren Teilnahme an der Regierung dadurch selbst ausschließen hat. Die Vertreter der Parteien haben ferner der Auffassung Ausdruck gegeben, daß eine Einberufung des Reichstages im Laufe des Monats November erst möglich ist, wenn ein entscheidender Zustand in Bezug auf das Werk von Locarno und seine Auswirkungen den gesetzgebenden Körperschaften unterbreitet werden kann.

Stresemann über Locarno

Vor den Rundfunkhören hielt Stresemann gestern Abend eine Rede über den Vertrag von Locarno, der mir folgendes enthielt:

Seit einiger Zeit ist die Aufmerksamkeit an mich herangetreten mit dem Wunsch, zu den Hörern über das Werk von Locarno zu sprechen. Ich habe mich entschlossen, diesem Wunsch zu folgen. Dabei ist es ganz selbstverständlich, daß das, was ich Ihnen zu sagen habe, sich nicht beziehen kann auf irgendwelche parteipolitische Auseinandersetzungen, die sich bekannterweise an diese außenpolitische Frage angeknüpft haben.

Der weitaus größte Teil hat auf der Jahresfeier der Deutschen Akademie für Politik Prof. Cohnen den Verfall des Vertrags vom Oktober 1919 als ein Dokument für das Vertrauen gekennzeichnet, die Sicherheit Frankreichs bis in die Herzen Deutschlands zu verlegen. In der Tat ist kein Zweifel darüber möglich, daß man vor und nach dem Verfall in Paris glaubte, daß das Problem der Sicherheit Frankreichs durch Festlegung Deutschlands gelöst werden könnte. Diese Hoffnungen von Locarno selbst darin, daß man sich jetzt allseitig entschlossen hat, einen Kurs und Richtungswechsel mit dem Reich vorzunehmen, an die Stelle der Methoden von Versailles die Verhandlung treten zu lassen. Die Zeit der Diktate und Hinrichtungen soll vorbei sein.

Wenn die Weltgeschichte überhaupt einen Sinn hat, muß sich eine Lösung finden lassen, durch die die Lebensnotwendigkeiten aller beteiligten Völker im gegenseitigen Einverständnis gewahrt und gesichert werden.

Der Reichstagler und ich sind der Ansicht, daß Locarno solche Lösungen möglich macht. Wir haben, als wir die gesamten Vertragsentwürfe in der Hand hielten und uns die Minister Englands, Frankreichs und Belgiens die Auswirkungen dieser Verträge auf die Verhältnisse im besetzten Gebiet in hohem Maße selbst vor Augen, nicht gegögert, die Entwurfe in einer Weise zu paraphrasieren, daß sie in ihrem Wortlaut nicht mehr abgeändert, sondern nur angenommen oder abgelehnt werden können.

Der Reichstagler und ich werden für die Annahme dieser Verträge eintreten, wenn sie den Weg eröffnen, der zur Wiederherstellung und Befreiung Deutschlands führt. Zum

Westen dem Kerne der Locarno-Verträge, betonte Dr. Stresemann, daß Deutschland keinerlei moralischen Vergeltungsanspruch irgendwelcher Art auf deutsches Land und deutsches Volk ausüben darf, und daß der Verzicht auf den Angriffskrieg auch für die französischen Staatsmänner mindestens so viel bedeutet wie für uns.

Wenn jetzt Zweifel darüber gehegt werden, ob England seine Pflichten als Garant tatsächlich erfüllen würde, so kann ich auch hier heute Abend nur wiederholen, daß wir keinen Grund haben, an dem christlichen Vertragswort Englands zu zweifeln. Aber ganz abgesehen von dem Grundsatz ist doch schon die bloße Tatsache, daß England, der bisherige Alliierte Frankreichs, sich feierlich verpflichtet, Deutschland gegenüber einem französischen Angriff mit seiner gesamten See- und Landmacht zu schützen, von der größten politischen Bedeutung.

Die Schiedsverträge auf die der Reichsaussenminister dann näher einging und die Deutschland die Möglichkeit geben, zu Rechten zu gelangen, die ihm

bisher vorenthalten wurden, enthalten, wie besonders betont wurde, nichts, was unmittelbar oder mittelbar irgend als eine Anerkennung der Östgrenze angesehen werden kann.

Bei Verhandlung der Frage von Deutschlands Eintritt in den Völkerbund kam der Minister auf die Forderung des Artikels 16 der Völkerbundcharta zu sprechen, die er als den deutschen Lebensnotwendigkeiten entsprechend bezeichnete, und wies dann die vielfach geäußerten Bedenken zurück, daß unser Verhältnis zu Rußland durch die in Locarno getroffenen Abmachungen gefährdet werden könnte.

Nach dieser Behandlung der schriftlichen Abmachungen von Locarno wandte sich Dr. Stresemann den Rückwirkungen auf das besetzte Gebiet zu. Seine Ausführungen lauteten hierzu: Die Delegierten Frankreichs, Englands und Belgiens haben sich dagegen verwahrt, aus dem Vertrag von Locarno ein Handelsverbot zu machen. Sie wollten sich für diese Verträge bestimmte Bedingungen als besondere Konzessionen nicht abhandeln lassen. Sie haben aber erklärt, daß die Auswirkungen, die wir erwarten, logisch und darum selbstverständliche Folgerungen der Locarno-Verträge sind.

Die Verträge von Locarno und die Rückwirkungen sind für uns ein einheitliches und unteilbares Ganzes. Sie gebühren zusammen, und die Delegierten der übrigen in Locarno vertretenen Mächte wissen das genau. Wir haben ihnen gesagt, daß wir ihnen Vertrauen vertrauen, und daß von der Art, wie sie unser Vertrauen rechtfertigen, der Entschluß des deutschen Volkes und seiner Regierung über die Annahme oder Ablehnung der Locarno-Verträge abhängig ist. Ich wiederhole auch hier:

Die Räumung der Röhmer Zone gehört nicht zu diesen Rückwirkungen. Wir haben auf diese einen Rechtsanspruch und ich hoffe bestimmt, daß schon die nächste Zeit Klarheit über den Räumungstermin bringen wird. Wenn der Locarno-Geist wirklich ein Friedensgeist ist, muß sich dieser neue

Bersuchsstift für Painlevé

Die sozialistische Kampfanfrage äußerte sich in Stimmenthaltung der Fraktion

P. Paris, 3. November. (Fig. Drab.)

Mit 1431 gegen 1228 Mandaten hat — wie gemeldet — der Nationalrat der sozialistischen Partei Frankreichs in der Nacht vom Montag zum Dienstag einer von Paul Faure eingebrachten, von de Mgrandmont, Compère-Morel und Léon Blum unterzeichneten, von de Mgrandmont, Renaudel und Mirral bezeugten Resolution zugestimmt, die der Parlamentarischen Fraktion den Auftrag gibt, dem neuen Kabinett Painlevé das Vertrauen zu verweigern und die der Fraktion überläßt, das Misstrauen, sei es durch eine direkte Ablehnung des Vertrauensantrages, sei es durch die Enthaltung von der Abstimmung, zum Ausdruck zu bringen. Für die gesamte politische Welt hat dieser Beschluß eine Verblüffung grenzenlos herbeigeführt.

In der Tat hatte sich am Montag nach der fast dreistündigen Unterredung, die das Exekutivkomitee der sozialistischen Partei mit Painlevé im Laufe des frühen Nachmittags hatte, das Gerücht verbreitet, daß sich keine weitgehende Hebererfreuung herausstellen würde. Dieser Eindruck wurde wesentlich verstärkt durch den ausführlichen Bericht, der in der Resolution des Nationalrats von Leon Blum über die Unterredung enthalten wurde und aus dem hervorging, daß Painlevé in der Tat die feste Verpflichtung übernommen hatte, die Finanzprojekte Ende dieser Woche oder allerhöchstens am nächsten Montag einzubringen, und das Prinzip der Belastung des Reichtums in allen seinen Formen zu deren Grundlage zu machen; daß er sich weiterhin verpflichtete, die Wege zur Einführung der allgemeinen Sozialversicherung in der allerersten Zeit im Senat zur Annahme zu bringen und in der Militärkammer die Einführung der einjährigen Wehrzeit anstelle der 18monatigen zu beantragen. Da er sich außerdem entschlossen erklärte, im Falle eines Misserfolgs im Senat die Vertrauensfrage dort nicht zu stellen, sondern in die Kammer zurückzuführen und mit einem neuen Mandat vor den Senat zu treten, um auf diese Weise den Widerstand des Senats zu brechen, schienen die nötigen Garantien gegeben, um der sozialistischen Fraktion zu ermöglichen, dem neuen Kabinett Painlevé wenigstens ein bedingtes Vertrauen zu gewähren. Aber zur Hebererfreuung der meisten Mitglieder der Parlamentarischen Fraktion beantragte Compère-Morel, Renaudel und Mirral in den letzten Tagen als Vertreter der Fraktion in den gemeinsamen Sitzungen des Nationalrats für die Aufrechterhaltung des Kartells eingetreten war und sogar der Verfasser der Tagesordnung ist, in der die Kolonialfrage, das Kartell beizubehalten, proklamiert wird, daß man dem Kabinett Painlevé von vornherein das Vertrauen verweigern solle, selbst wenn dadurch die Gefahr einer rechtgerichteten Konzentrationstransformation heraufbeschworen würde. Als Compère-Morel, der bekanntlich im Kabinett eine Stellung den Posten eines Regierungskommissars im Kabinett Clemenceau bekleidete, sich außerdem für die Anwendung illegaler Mittel und sah für eine persönliche Distinktion aus, riefen Compère-Morel, Renaudel und Leon Blum lebhaftest aus, indem sie ihm eine ganz persönliche Doppelpassivität zu überführen suchten. Blum erklärte, daß die von Compère-Morel vorgeschlagene Taktik nach kurzer Zeit nicht zu einem sozialistischen, sondern zu einem faschistischen Regime führen würde. Grumbach machte besonders auf die gefährlichen Folgen aufmerksam, die eine neue innerpolitische Krise und gar die Aufruf einer Konzentrationstransformation für das große Friedenswerk von Locarno haben könnte. Renaudel und Mirral wiesen auf die Folgen hin, die eine neue Krise für den Weltfrieden des Völkerbundes haben würde. Und schließlich verlangte Leon Blum kategorisch, daß der Nationalrat klar sagen solle, ob die Fraktion für oder gegen das neue Kabinett stimmen müsse. Hätte die Konzentrationstransformation, die die stärkste Parteifraktion der sozialistischen Partei ist, nicht ihre ganzen 350 Mandate zugunsten der Resolution von Paul Faure in die Waagschale geworfen, so wäre der Antrag Renaudel angenommen worden, der die Fraktion ermächtigte, der Regierung einmündigen Vertrauens zu gewähren, ihre endgültige Stellungnahme aber von dem Inhalt der Finanzprojekte abhängig zu machen, für deren Annahme sie eine Mehrheit von 14 Tagen vorlag. Besondere ist, daß der im allgemeinen auf dem äußersten linken Flügel der Partei stehende Faure und eine große Reihe seiner Freunde ebenfalls für die Resolution Renaudel gestimmt haben.

Die Folge der Abstimmung des Nationalrats ist, daß die Frage wieder aufgeworfen ist, ob das zweite Kabinett Painlevé sich halten kann. Denn sollten sich die Sozialisten bei der entscheidenden Abstimmung der Stimme enthalten und sollte die Rechte geschlossen gegen das Kabinett stimmen, so wäre das Ministerium in die Minderheit verlegt. Entschloß sich ein Teil der Rechten, für das Kabinett zu stimmen, was unwahrscheinlich ist, so könnte Painlevé zwar vom parlamentarischen Standpunkt aus am Ruder bleiben, aber vom politischen Standpunkt aus mühte er seine Demissionen ab. Die sozialistische Parlamentsfraktion hat beschlossen, nicht gegen das Kabinett zu stimmen, sondern sich der Abstimmung zu enthalten.

Sie hat außerdem einer Erklärung zugestimmt, die Paul Faure im Augenblick der Abstimmung verlesen soll und in der die Enthaltung mit der ägernden Haltung Painlevés in gewissen Fragen begründet wird und die betont, daß die Fraktion bereit sei, für die Projekte Painlevés zu stimmen, wenn sie den Erwartungen der Rechten entsprechen würden. Im allgemeinen ist das in den politischen Kreisen so aufgefaßt worden, daß die sozialistische Fraktion, und zwar diejenigen Personen, die auf dem Nationalrat die Mehrheit haben, dem Kabinett Painlevé doch noch eine Brücke bauen wollen. Ob diese Brücke genügt, um eine neue Krise zu verhindern, ist freilich zweifelhaft, so daß die innerpolitische Situation gegenwärtig konfus ist als je seit dem Beginn der neuen Legislaturperiode.

Vertrauensvotum für Painlevé

P. Paris, 3. November. (Fig. Drab.) Die Regierungserklärung, die Painlevé in der Kammer verlas, erstreckte sich in allgemeinen Ausführungen über die Notwendigkeit der Sanierung, der Reformen, der Friedenspolitik. Der Regierungserklärung begegnete die Kammer zunächst mit stummem Schweigen. In einer bemerkenswerten Stimmungslage kam es schließlich, als Painlevé auf Locarno zu sprechen kam. Die gesamte Kammer, von der äußersten Linken bis in die Reihen der äußersten Rechten hinein, rief lautstimmig Beifall, wodurch zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Friedenspolitik der französischen Regierung beim gesamten französischen Volk, ohne Unterschied der Parteirichtungen und Anschauungen, Unterstützung findet.

Nach einiger Debatte über die allgemeine Politik der Regierung sprach die Abgeordnete Cazale (Radikal), Aubriot (Sozialrepublikaner) und Paul Morel (Radikale Linke, Fraktion Roudoux) folgende Tagesordnung ein, die Painlevé angenommen hatte: „Die Kammer billigt die Erklärung der Regierung und hat das Vertrauen zu ihr, daß sie in vollem Einverständnis mit der republikanischen Mehrheit eine Politik des Friedens und der finanziellen Sanierung durchführen wird. Sie lehnt jede Einschnürung ab und geht zur Tagesordnung über.“

Die Vertrauensfrage wurde mit 221 gegen 189 Stimmen angenommen.

Mit. Paris, 3. November. Bei der Abstimmung über die Vertrauensfrage stimmten die Kommunisten und die Rechte gegen die Regierung. Die Sozialisten sowie einige Abgeordnete der Zentrum und der Rechten enthielten sich der Stimme. Die sozialistischen Radikalen, die sozialistischen Republikaner sowie die radikale Linke stimmten für die Regierung. Beim Verlassen der Kammer erklärte Painlevé, das Ministerium habe Bestand.

Abwartende Haltung der Sozialisten

Vor der Abstimmung hatte namens der sozialistischen Fraktion Genosse Paul Faure die Erklärung abgegeben, daß die Sozialisten nicht in der Lage wären, der Regierung ihr Vertrauen zu gewähren. Das bedeutete aber nicht, daß die Sozialisten es gegebenenfalls ablehnen würden, einer von der Regierung Painlevé getragenen Politik ihre Zustimmung zu geben, die im Inneren den Wünschen der breiten Massen des Volkes Rechnung tragen würde. Aber die Unterstützung der sozialistischen Fraktion sich zu sichern bestrebt sei, wisse nun, woran er sich zu halten haben würde.